

Initiative Barmer Viertel

Deutz-Mülheimer Str. 31, 50679 Köln
barmerviertel@ina-koeln.org
<http://barmerviertel.ina-koeln.org>
AnsprechpartnerInnen
Christa Schliebs 0221/2831285
Rainer Kippe 0160/97949220
Sabine Schölermann 0163/7344686
Reinhard Röder 0175/2508501



Köln, den 7. April 2007

Pressemitteilung

Ermittlungen gegen OB Schramma sind eingestellt

Kein Verlass auf Kontrollinstanzen

Die Ermittlungen gegen den Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma wegen des Verdachts auf Untreue im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen sind eingestellt. Die Einstellung des Verfahrens kam für uns nicht überraschend. Bereits der Rechnungsprüfungsamtsbericht hatte die Fakten solange verkürzt, gedreht und gewendet, bis das gewünschte Ergebnis herauskam.

Die Staatsanwaltschaft hat auf diesen Bericht sozusagen noch eins draufgesetzt. Ihrer Meinung nach ist das Angebot des Oppenheim-Esch-Fonds das für die Stadt günstigste gewesen.

Dem widersprechen die Fakten, wie sie unter anderem im Kölner Stadtanzeiger veröffentlicht worden sind, zuletzt am 4.4. von Peter Berger.

In einer Zeit, in der die Bürger immer neue Kürzungen hinnehmen müssen, in der Schwimmbäder und Jugendeinrichtungen geschlossen werden, hat niemand dafür Verständnis, dass die Stadtoberen Hunderte von Millionen verschwenden. Der WDR hat nicht nur vorgerechnet, dass die Messehallen um 360 Millionen billiger hätten gebaut werden können, auch im Barmer Viertel wurden 50 Millionen versenkt, wie Andreas Damm vom Stadt-Anzeiger aufzeigte. Diese Zahlen haben die Bürger im Bewusstsein, und die lassen sich auch nicht durch schlaue juristische Argumente wegwischen.

Wir sehen die Gründe für die Einstellung des Verfahrens darin, dass die Staatsanwaltschaft, die leider keine richterliche Unabhängigkeit genießt und als Behörde weisungsgebunden ist, von der Politik unter Druck gesetzt worden ist.

Verantwortlich für die Schäden, für die wir alle, insbesondere aber die Armen, große Opfer werden bringen müssen, sind allerdings die gewählten Politiker im Rat und im Aufsichtsrat der Messe. Für sie ist die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ein Freibrief, so weiter zu machen wie bisher. Die Einstellung ist auch ein deutliches Warnsignal an die Kritiker der Verschwendungspolitik im Rat. Die Bürger sollen wissen, dass weder die Aufsichtsbehörden noch die Justiz gegen diese Politik zum Schaden der Bürger vorgehen werden.

Eine erste Folge kann man in der Art sehen, wie Messechef Witt aus dem Amt gedrängt wurde. Er muss gehen, weil er daran erinnert hat, dass er bereits vor Baubeginn darauf hingewiesen hat, dass der Esch-Fonds zu teuer ist und dass die Messe die daraus resultierende Miete nicht bezahlen können. Für uns ist das Ende dieses Verfahrens eine Aufforderung an die Bürger, sich nicht mehr auf die Kontrollinstanzen zu verlassen, sondern sich selbst um das Schicksal der Stadt und ihrer Finanzen zu kümmern. Dies beinhaltet auch die Abstrafung - vor allem bei den nächsten Wahlen - aller Parteien, die für diese Beschlüsse die Verantwortung tragen.